



**EUROPÄISCHER RAT
DER PRÄSIDENT**

**Brüssel, den 18. März 2010
PCE 53/10**

**Herman Van Rompuy
Präsident des Europäischen Rates**

**Auszug aus der Ansprache
an die Europa-Minister der deutschen Bundesländer**

18. März 2010

Die europäischen Staats- und Regierungschefs werden kommende Woche über die neue Wirtschaftsstrategie beraten. Sprechen werden wir über Wachstum und Beschäftigung, über Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftsreformen, über neue wirtschaftliche Ziele – z.B. für Forschung und Entwicklung oder für Beschäftigung.

Bundeskanzlerin Merkel und ihre 26 Amtskollegen werden ihre eigenen Ideen und Erfahrungen vorbringen. Die Diskussion wird an die informelle Tagung der Staats- und Regierungschefs im Februar anschließen auf der Juni-Tagung des Europäischen Rates zu Ende gebracht werden.

Mir ist in diesem Zusammenhang die Stellungnahme des Bundesrates zur Strategie "Europa 2020" bekannt, die die Europakammer am Dienstag angenommen hat. Wie Sie wissen, sind die Vorbereitungen für die Tagung des Europäischen Rates kommende Woche noch im Gange. Daher möchte ich lediglich folgende Bemerkungen vorbringen:

Ich freue mich, dass der Bundesrat grundsätzlich den Vorschlag unterstützt, Beschäftigung, Forschung und Entwicklung und das "20/20/20-Ziel" für den Klimaschutz zu gemeinsamen Zielen der neuen Strategie zu erklären. Ich habe dabei auch die Bedenken des Bundesrates zur Kenntnis genommen sowie seine Forderung, mehr Zeit – d.h. bis zum Juni-Gipfel – zu haben, um die Einzelheiten der Ziele eingehender prüfen und erörtern zu können. In diesem Zusammenhang würde ich sogar unterscheiden wollen zwischen den Zielen der Union und den nationalen Zielen. Für Letztere würde es auch ausreichen, im Oktober eine Entscheidung zu treffen, falls es früher nicht möglich sein sollte.

P R E S S E

WEITERE INFORMATIONEN:

Dirk De Backer - Sprecher des Präsidenten ☎ +32 (0)497 59 99 19

Jesús Carmona - Stellvertretender Sprecher des Präsidenten ☎ +32 (0)2 281 9548 / 6319 ☎ +32 (0)2 281 8026

e-mail: press.president@consilium.europa.eu

Internet: <http://www.european-council.europa.eu/the-president>

DE

Mein Ziel für den März-Gipfel ist eindeutig: Ich möchte möglichst umfassende konkrete Fortschritte erzielen. Auf die dramatischen Herausforderungen, denen Europa im Bereich Wachstum und Beschäftigung gegenübersteht, muss dringend mit politischen Signalen reagiert werden. Es sollte daher möglich sein, eine grundsätzliche Einigung über die Bereiche zu erzielen, in denen politische Maßnahmen zu treffen sind. Das bedeutet, dass wir zu einigen dieser Ziele möglicherweise gewisse Details noch genauer abstimmen müssen, damit der Europäische Rat die Strategie im Juni endgültig annehmen kann.

Die sensibelste Frage aus Sicht des Bundesrates scheint das Bildungsziel zu sein. Bitte erlauben Sie mir hier einen kurzen Einschub: Ich gehöre selbst einem föderalen Staat an und war mitverantwortlich für drei umfangreiche Reformen unseres Staates, die u.a. zur Übertragung der Zuständigkeit für Bildungsfragen an unsere Gemeinschaften geführt haben. Daher habe ich Verständnis dafür, dass die Bundesländer auf ihrer eigenen Zuständigkeit in diesem Bereich beharren und dass Deutschland Zeit braucht, um seine internen Beratungen darüber, wie dieses Ziel ausgelegt sein sollte, zu Ende zu bringen.

Jedoch möchte ich auch betonen, dass es in einer globalisierten Welt unerlässlich ist, im Rahmen des Möglichen eine europaweite gemeinsame Agenda im Bildungsbereich zu erstellen. Können Sie sich wirklich vorstellen, eine wirtschaftliche Strategie für Europa anzunehmen, in der die Bildung ausgeklammert ist? Wenn wir nicht einmütig handeln, um weltweit führende, gut ausgebildete und wettbewerbsfähige Arbeitskräfte und Akademiker hervorzubringen, wenn wir nicht in unser Humankapital investieren, dann wird Europa auf wirtschaftlicher Ebene gegenüber seinen globalen Wettbewerbern an Boden verlieren.

Daher bin ich überzeugt, dass Sie sich Ihrer Verantwortung gegenüber Europa in diesem Bereich voll und ganz bewusst sind und dass Sie wissen, von welcher politischen Bedeutung es ist, dass Deutschland jetzt eine grundsätzliche Einigung über das Bildungsziel erreichen kann. Dabei sei darauf hingewiesen, dass das Bildungsziel – im Gegensatz zum Klimaschutzziel – lediglich eine gemeinsame, nicht rechtsverbindliche Zielsetzung ist. Daher möchte ich Sie aufrufen, so bald wie möglich zu einer Einigung über die Einzelheiten dieses Ziels zu gelangen. Europa ist eine politische Union auf mehreren Ebenen. Falls dabei nicht alle Kräfte in dieselbe Richtung ziehen, werden enorme Probleme auftreten – mit negativen Auswirkungen für unsere wirtschaftliche Stärke, die doch entscheidend ist für unsere Position in der Welt.
